

Finanzielle und politische Vorbereitung des Krieges

Aus den Erörterungen des vorigen Kapitels geht unmittelbar hervor, daß die politische Führung des Staates, indem sie auf Denkweise und Gesinnung der Bevölkerung einwirkt, einen zwar mittelbaren, aber tiefgehenden und unentbehrlichen Einfluß auf die Vorbereitung des Krieges ausübt, ja gewissermaßen selbst eine Kriegsvorbereitung ist.

Neben der doppelten Aufgabe, diesen geistig und moralisch wirkenden Einfluß auszuüben und der Heeresverwaltung die für die Erhaltung der Wehrkraft nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen, müssen aber an die verantwortliche Staatsleitung noch weitere Forderungen gestellt werden. Zunächst muß der Krieg auch abgesehen von den laufenden Ausgaben für das Heer finanziell vorbereitet werden, das heißt also, die Finanzen des Staates müssen so gehandhabt werden, daß dieser die ungeheuren Lasten eines modernen Krieges tragen kann, ohne wirtschaftlich zusammenzubrechen. Es muß ferner, wie bereits an anderer Stelle erwähnt, auch handelspolitisch gewissermaßen eine Mobilmachung vorbereitet werden, um für alle möglichen Fälle den Bezug der für die Volksernährung und die Industrie nötigen Waren sicherzustellen. Endlich muß der Krieg auch politisch vorbereitet werden, das heißt man muß bestrebt sein, eine möglichst günstige politische Gesamtlage herbeizuführen und die nächsten Feinde, mit denen ein Krieg nicht zu vermeiden ist, nach Möglichkeit zu isolieren. Wo das aber nicht erreichbar ist, muß man versuchen, selbst Bundesgenossen zu

gewinnen, auf die man sich auch für den Kriegsfall verlassen kann.

Was die handelspolitische und finanzielle Seite der Frage betrifft, so bin ich mir meiner mangelnden Fachkenntnisse viel zu sehr bewußt, als daß ich mir in diesen Dingen ein abschließendes Urteil erlauben könnte. Besonders auf dem Gebiet der Handelspolitik vermag ich nicht die Wege auch nur anzudeuten, auf denen der erstrebte Zweck erreicht werden kann. Ein Zusammenwirken der Regierung mit den großen Importhäusern ist jedenfalls geboten¹⁾. Bezüglich der Finanzen aber läßt sich, glaube ich, auch vom fachmännisch ungeschulten Laienstandpunkt aus so viel sagen, daß es nicht nur darauf ankommt, einen geordneten Staatshaushalt zu führen, sondern vor allem auch darauf, den Staat kreditfähig zu erhalten, damit es bei Ausbruch eines Krieges möglich ist, ohne allzu drückende Bedingungen die gewaltigen Geldmittel flüssig zu machen, die zu seiner Durchführung nötig sind.

Die Kreditfähigkeit des Staates nun hängt sehr wesentlich von einer geregelten Finanzwirtschaft ab, die dafür sorgt, daß die laufenden Ausgaben auch durch laufende Einnahmen gedeckt werden; ferner aber auch von dem nationalen Reichtum, von der Verschuldung des Staates und endlich von dem Vertrauen auf seine produktive und militärische Leistungsfähigkeit.

In betreff des ersten Punktes habe ich schon an anderer Stelle darauf hingewiesen, daß in einem großen Kultur- und Weltstaat die Balancierung des Stats niemals von kleinbürgerlichen Gesichtspunkten aus dadurch erreicht werden darf, daß Ausgaben für notwendige Bedürfnisse gestrichen werden, vor allem also Ausgaben für die Wehrkraft, deren Erhaltung die Grundlage für eine gedeihliche Gesamtentwicklung bildet. Es müssen vielmehr die Einnahmen den wirklichen Bedürfnissen entsprechend gesteigert werden. Besonders aber in einem Staate, der so ganz auf Kampf gestellt ist wie das Deutsche Reich, darf niemals der alte mannhafte Grundsatz der

¹⁾ Vgl. 8. Kapitel, S. 179 f.

Anspornung aller Kräfte preisgegeben werden, um der weichen Philanthropie des Zeitalters zu dienen. Es gibt nur eine Tugend: sich selbst als Person vergessen, und nur ein Laster: an sich selbst denken, so lehrte uns Fichte; am letzten Ende sei doch der Staat der Träger aller Kultur und darum berechtigt, jede Kraft des einzelnen für sich in Anspruch zu nehmen¹⁾. Diese Gedanken, die uns einst aus tiefster Schmach auf die Sonnenhöhen des Erfolges führten, müssen unser Leitstern bleiben in einer Zeit, die sich in manchen Beziehungen mit den Anfangsjahren des vorigen Jahrhunderts vergleichen läßt. Herrschte doch damals in Preußen eine friedensselige Genügsamkeit, als sei die Zeit des ewigen Friedens gekommen, wie sie auch heute weite Kreise unseres Volkes beherrscht und einen gewissen Einfluß auch auf die Regierung ausübt. Wie damals in dem friedlichen Volke, „das hinter dem Walle seiner Demarkationslinie mit philosophischer Ruhe beobachtete, wie zwei gewaltige Nationen ringen um der Welt alleinigen Besitz“²⁾, niemand etwas ahnte von dem großen Wandel der Zeiten, so sehen auch heute zahlreiche Deutsche der Teilung der Erde genügsam und philosophisch zu und verschließen die Augen gegen den gewaltigen Gang der Weltgeschichte und die großen Aufgaben, die uns dadurch gestellt sind. Auch heute macht sich bei uns wie damals „dieselbe überirdische Großmut, dieselbe übergeistreiche Willensschwäche“ breit, „die in unserer Geschichte immer mit unheimlicher Regelmäßigkeit den großen Zeiten kühn zugreifender Tatkraft zu folgen pflegt“³⁾.

Die äußerste Anspannung der finanziellen Kräfte von seinen Bürgern zu fordern, ist nach alledem unter Umständen wie den heutigen der Staat nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, da es sich um entscheidende Lebensfragen handelt. Von gleicher Wichtigkeit aber ist die Aufgabe, das Anwachsen des nationalen Besitzes mit allen Kräften zu fördern und dadurch die finanzielle Leistungsfähigkeit zu erhöhen.

¹⁾ Treitschke, Deutsche Geschichte I, S. 211.

²⁾ Ebenda S. 150.

³⁾ Ebenda S. 636.

In gewissem Umfange freilich ist dieser Besitz gegeben durch die natürliche Ertragsfähigkeit des Landes und die mineralischen Schätze, die es in seinem Schoße birgt. Aber nutzbar gemacht und in ihrem Wert gesteigert werden diese Güter durch die Arbeit aller Volksgenossen, dieses gewaltige Kapital, das durch nichts zu ersetzen ist. Hier nun kann der Staat helfend eingreifen. Indem er die Arbeitsverhältnisse regelt und ordnet, kann er die Arbeit selbst schützen und gegen unberechtigte Eingriffe sichern; er kann durch den Abschluß günstiger Handelsverträge vorteilhafte Absatz- und Einkaufsbedingungen schaffen; er kann durch energische politische Vertretung der deutschen Interessen im Auslande dem deutschen Handel helfen und ihn erleichtern; er kann die Schifffahrt fördern, die aus dem internationalen Verkehr erhebliche Gewinne erzielt¹⁾; er kann durch tatkräftige innere Kolonisation, Moorulturen und geeignete Schutzmaßregeln die landwirtschaftliche Produktion heben, um uns bezüglich der Volksernährung wenigstens einigermaßen vom Auslande unabhängig zu machen. Auch die Förderung der Hochseefischerei wird hierzu beitragen können²⁾.

Vom militärischen Standpunkt aus ist es natürlich besonders wichtig, die Beschaffung von Brotfrüchten und Fleisch fortwährend zu heben, so daß trotz der jährlichen Bevölkerungszunahme der inländische Bedarf wenigstens noch für einige Zeit in dem gleichen Maße gedeckt wird wie heute; das scheint wohl erreichbar. Heute liefert die heimische Produktion 87 % des Bedarfs an Brotfrucht und 95 % des Bedarfs an Fleisch. Um dieses Verhältnis aufrechtzuerhalten, müßte der Ertrag in den nächsten zehn Jahren um höchstens zwei Doppelzentner pro Hektar gesteigert werden, was durchaus möglich erscheint, wenn man bedenkt, daß allein die Roggenernte in den letzten zwanzig Jahren um zwei Millionen Tonnen gestiegen ist³⁾.

¹⁾ England verdient im internationalen Schiffsverkehr etwa 1400 Mill. Mk. jährlich; Deutschland etwa 300 Mill. Mk.

²⁾ Wir kaufen jährlich für etwa 50 Mill. Mk. Seefische vom Auslande.

³⁾ Referat, gehalten von Prof. Dr. A. Dade-Berlin, am 22. Februar 1910, 35. Generalversammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer.

Auch eine tätige Kolonialpolitik wird den nationalen Wohlstand zweifellos heben, wenn sie bestrebt ist, einerseits die Rohstoffe, die unsere Industrie in gewaltigen Massen vom Auslande bezieht, in den eigenen Kolonien zu erzeugen und uns dadurch allmählich vom Auslande unabhängig zu machen, anderseits unsere Kolonien zu einem gesicherten Absatzmarkt für unsere Waren auszugestalten durch wirksame Förderung der Siedelung, der Eisenbahnen und der Kultivierung. Je weniger wir dem Auslande tributpflichtig sind, an das wir heute viele Milliarden zahlen¹⁾, desto mehr wachsen unser nationaler Reichtum und die finanzielle Leistungsfähigkeit des Staates.

Wenn dieser somit ganz unmittelbar zur Förderung des nationalen Erwerbes beitragen kann, vermag er ebenso seine Kreditfähigkeit auch dadurch zu steigern, daß er auf die Verminderung der Staatsschulden bedacht ist und dadurch seine Vermögenslage verbessert. Doch ist das Schuldenbezahlen in Zeiten hochgradiger politischer Spannung ein zweischneidiges Schwert, wenn es auf Kosten der notwendigen Ausgaben erfolgt. Was man in solchem Falle auf der einen Seite an Kreditfähigkeit gewinnt, kann man auf der anderen Seite sehr leicht wieder einbüßen. Vor allem ist es auch vom Finanzstandpunkt aus ein schwerer Fehler, an der Kriegsrüstung zu sparen, um die Finanzlage zu verbessern. Darüber lassen die geschichtlichen Erfahrungen keinerlei Zweifel bestehen. Die militärische Macht ist vielmehr die wichtigste Stütze der Kreditfähigkeit. Sie schwächen heißt zugleich die finanzielle Sicherheit in Frage stellen. Ein unglücklicher Krieg bringt so gewaltige Geldverluste mit sich, daß die Staatsgläubiger dabei sehr leicht in Verluste geraten können. Ein Staat aber, dessen Armee die siegreiche Durchführung eines Krieges erwarten läßt, bietet seinen Gläubigern ganz andere Bürgschaften als ein militärisch schwacher. Wenn heute unsere Kreditfähigkeit nicht als besonders groß bezeichnet werden kann, ist daran nicht zum mindesten

¹⁾ Wir bezogen vom Auslande beispielsweise 1907: 476 400 t Baumwolle, 185 300 t Schafwolle, 8,5 Millionen t Eisen, 124 000 t Kupfer usw.

unsere bedrohte politische Lage schuld. Wollten wir unser Heer und unsere Flotte vernachlässigen, so würde sie jedenfalls noch weiter sinken trotz aller dann vielleicht möglichen Schuldentilgung. Um so mehr haben wir die doppelte Aufgabe, einmal unsere Wehrkraft mehr und mehr zu steigern, weiter aber auch die nationale Erwerbstätigkeit zu fördern und an die Schuldentilgung zu denken, soweit unsere Mittel reichen.

Es entsteht die Frage, ob es möglich ist, dieser doppelten Aufgabe gerecht zu werden.

Daß das deutsche Volk an der Grenze seiner Steuerfähigkeit angekommen sein sollte, ist vollständig ausgeschlossen. Die Steuern in Preußen sind allerdings von 1893/94 bis 1910/11 um 56 %, auf den Kopf der Bevölkerung von 20,62 Mk. auf 32,25 Mk. (Steuern und Zölle zusammen) gestiegen, und im übrigen Deutschland dürfte das Verhältnis ein ähnliches sein. Demgegenüber steht jedoch eine gewaltige Steigerung des Volkvermögens. Dieses beträgt heute im Deutschen Reiche 330 bis 360 Milliarden Mk. oder 5—6000 Mk. auf den Kopf der Bevölkerung. In Frankreich ist das Vermögen auf gleiche Weise berechnet keinesfalls höher, und doch werden in Frankreich jährlich 20 Mk., in Deutschland aber nur 16 Mk. für Heer und Flotte auf den Kopf der Bevölkerung ausgegeben; in England dagegen, wo das Durchschnittsvermögen des einzelnen etwa um 1000 Mk. höher ist als in Deutschland und Frankreich, betragen die Kosten für die Rüstung 29 Mk. Unsere voraussichtlich am meisten in Frage kommenden Gegner also bringen für ihre Wehrmacht bedeutend höhere Opfer als wir, obgleich sie nicht entfernt in gleichem Grade politisch gefährdet sind.

Dabei muß mit aller Entschiedenheit darauf hingewiesen werden, daß der Vermögenszuwachs in Deutschland sich fortwährend in aufsteigender Linie befindet. Handel und Industrie haben einen gewaltigen Aufschwung genommen, und wenn auch das Jahr 1908 einen gewissen Rückschlag brachte, hat doch die Aufwärtsbewegung zweifellos wieder eingesetzt.

Der Aufschwung in Handel und Industrie, der mit der

Reichsgründung begonnen hat, ist ein ganz außerordentlicher. „Die Gesamtsumme der Ein- und Ausfuhr ist der Menge nach von 32 Millionen Tonnen auf 106 Millionen Tonnen im Jahre 1908, oder um 232 %, und dem Werte nach von 6 Milliarden auf 14¹/₂—16 Milliarden Mk. in den letzten Jahren gestiegen, davon ist der Wert der Einfuhr von 3 auf 8—9 Milliarden Mk. und der Wert der Ausfuhr von 3¹/₂ auf 6¹/₂—7 Milliarden angewachsen. . . . Der Wert der Einfuhr von Rohstoffen für Industriezwecke ist von 1¹/₂ Milliarden im Jahre 1879 auf 4¹/₂ Milliarden Mk. in den letzten Jahren, und der Wert der Ausfuhr solcher Rohstoffe von 850 Millionen auf 1¹/₂ Milliarden Mk. angewachsen. Die Einfuhr an Fabrikaten hatte 1879 einen Wert von 600 Millionen Mk., 1908 einen Wert von 1¹/₄ Milliarden Mk., während der Wert der Ausfuhr von Fabrikaten, also der Export . . . von 1 Milliarde auf über 4 Milliarden gestiegen ist. Der Wert der Einfuhr von Nahrungs- und Genußmitteln ist von 1 auf 2¹/₃—2¹/₂ Milliarden Mk. angewachsen, während der Wert der Ausfuhr von Nahrungsmitteln ungefähr auf derselben Höhe stehen geblieben ist.

Auch die Bergwerksproduktion hat in den letzten 30 Jahren eine ungeahnte Entwicklung in Deutschland aufzuweisen. Die Förderung an Steinkohlen betrug im Jahre 1879 nur 42 Millionen Tonnen, sie ist bis 1908 auf 148¹/₂ Millionen Tonnen gestiegen, und dem Werte nach von 100 Millionen auf 1¹/₂ Milliarden Mk. Die geförderte Menge Braunkohlen betrug 1879 nur 11¹/₂ Millionen, 1908 dagegen 66³/₄ Millionen Tonnen, und dem Wert nach ist sie von 35 auf 170 Millionen Mk. gestiegen. Die Produktion von Eisenerzen ist von 6 Millionen Tonnen auf 27 Millionen Tonnen und dem Werte nach von 27 Millionen auf 119 Millionen Mk. gestiegen. . . . Von 1888 bis 1908 hat die Steinkohlenproduktion in Deutschland um 127 % zugenommen, dagegen in England nur um 59 %. Die Roheisengewinnung ist in Deutschland von 1888—1908 um 172 % gestiegen, dagegen in Großbritannien nur um 27 %¹⁾. Ahn-

¹⁾ Prof. Dr. A. Dade-Berlin, Referat auf der 35. Generalversammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer am 22. Februar 1910.

liche Zahlen lassen sich noch auf manchen anderen Gebieten nachweisen. Auch hat seit der Reichsfinanzreform von 1909 die Finanzlage des Reiches sich wesentlich gebessert, so daß die Hoffnung besteht, den Etat in den nächsten Jahren ohne Anleihe zu balancieren, falls keine neuen Ausgaben notwendig werden.

Daß mit einer solchen Entwicklung ein stetiges Anwachsen der Einnahmen und eine fortschreitende Kapitalisierung Hand in Hand gehen muß, bedarf keines Beweises. Das ist denn auch tatsächlich und zwar in sehr erheblichem Maße der Fall. Vom Jahre 1892—1905 hat in Preußen allein eine Vermehrung des Volksvermögens um jährlich 2 Milliarden Mk. stattgefunden. In den Vermögenssteuerstufen von 6000 bis 100 000 Mk. hat in Preußen die Zahl der Zensiten und des Vermögens in diesen 14 Jahren um 29 % zugenommen, von 1905—1908 aber schon um 11 %, in der ersten Periode also jährlich um 2, in den letzten Jahren um je 3 %. Auch in diesen Kreisen also steigt die Wohlhabenheit; in weit höherem Maße aber bei den großen Vermögen. In den Vermögenssteuerstufen von 100 000—500 000 Mk. hat die Vermehrung etwa 44 % bei den Zensiten und beim Vermögen, im Durchschnitt der 14 Jahre also jährlich 3, in den letzten drei Jahren schon je 4,6 % betragen. Bei den Vermögenssteuerstufen von 500 000 Mk. und mehr beträgt aber die Zunahme in den 14 Jahren bei den Zensiten 54 % und beim Vermögen 67 %, und während in den 14 Jahren die Zunahme durchschnittlich 4,5 % jährlich ausmacht, ist sie in den drei Jahren von 1905—1908 auf 8,6 % gestiegen. Das bedeutet auf den Kopf der Bevölkerung in den Vermögenssteuerstufen von 6000 bis 100 000 Mk. eine Zunahme von 650 Mk., bei den Vermögenssteuerstufen von 100 000—500 000 Mk. eine Zunahme pro Kopf um 6400 Mk. und in den Vermögenssteuerstufen über 500 000 Mk. eine Zunahme von 70 480 Mk. pro Kopf und Jahr ¹⁾.

¹⁾ Ausführungen des Abgeordneten v. Dewitz in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 18. Januar 1911.

Wir sehen also besonders bei den großen Vermögen einen sich jährlich steigenden erheblichen Zuwachs, den der preussische Finanzminister für Preußen allein auf jährlich 3 Milliarden in den nächsten drei Jahren veranschlagt hat, so daß man ihn für das ganze Reich auf jährlich 5 Milliarden in dem gleichen Zeitraum annehmen kann. Zugleich sind die Arbeitslöhne überall in die Höhe gegangen. Um nur einige Beispiele als Belege zu geben, führe ich an, daß bei der Kruppischen Arbeiterschaft in Essen der Tagesverdienst von 1879—1906 um 77 %, der Stundenlohn für Maurer von 1885—1905 um 64 % und der Jahresverdienst im Oberbergamtsbezirk Dortmund von 1886 bis 1907 um 121 % gestiegen ist. Dieser gesteigerte Verdienst kommt auch darin zum Ausdruck, daß die Zunahme der Sparkasseneinlagen seit 1906 die Summe von 4 Milliarden Mf. erreicht hat, ein Beweis, daß auch in den unteren und ärmeren Schichten der Bevölkerung eine nicht unerhebliche Verbesserung der Vermögenslage sich bemerklich macht. Auch kann als ein Zeichen gesunder aufwärtsstrebender Verhältnisse angesehen werden, daß Auswanderung und Arbeitslosigkeit in Deutschland sehr bedeutend zurückgegangen sind. 1908 haben nur 20 000 Auswanderer unser Vaterland verlassen; ferner waren nach der Statistik der Arbeiterverbände nur 4,4 % der Mitglieder arbeitslos, während in dem gleichen Jahre aus Großbritannien 336 000 Personen ausgewandert sind und 10 %, in Frankreich gar 11,4 % Mitglieder der Arbeiterverbände arbeitslos waren.

Diesem glänzenden Aufschwung steht allerdings eine sehr beträchtliche Staatsschuld sowohl des Reiches wie der Einzelstaaten gegenüber. Das Deutsche Reich hatte im Jahre 1910 5 016 655 500 Mf. Schulden, und außerdem betrug die Staatsschuld der Einzelstaaten am 1. April 1910 in

Preußen	9 421 770 800 Mf.
Bayern	2 165 942 900 "
Sachsen	893 042 600 "
Württemberg	606 042 800 "
Baden	557 859 000 "

Hessen	428 664 400	Mf.
Elsaß-Lothringen	31 758 100	"
Hamburg	684 891 200	"
Lübeck	66 888 400	"
Bremen	263 431 400	"

Diesen Schulden steht allerdings ein erheblicher Besitz an Domänen, Forsten, Bergwerken und Eisenbahnen gegenüber. Das Anlagekapital der Staatsbahnen betrug am 31. März 1908 in Millionen Mf. in

Preußen (Hessen)	9888
Bayern	1694
Sachsen	1035
Württemberg	685
Baden	727
Elsaß-Lothringen	724

im ganzen einschließlich der kleineren Staatsbetriebe 15,062 Milliarden Mf. Diese Summe ist seither noch erheblich gestiegen und beträgt Ende 1911 für Preußen allein 11,050 Milliarden. Trotzdem bedeuten die Staatsschulden eine nicht unbedeutende Belastung, die um so nachteiliger wirkt, weil diese Schulden fast alle im Inlande kontrahiert sind, und die um so schwerer drückt, als auch die Gemeinden vielfach stark verschuldet sind.

Die Schuldenlast der preussischen Städte und Landgemeinden von über 10000 Einwohnern allein beträgt 3000 Millionen Mf., im ganzen Reich etwa 5000 Millionen. Das bedeutet eine jährliche Verzinsung von 150 Millionen Mf., so daß viele Gemeinden besonders im Osten und im westlichen Industriebezirk gezwungen sind, Steuerzuschläge von 200, 300 und sogar 400 % zu erheben. Auch sind die Steuern keineswegs gleichmäßig der Leistungsfähigkeit nach verteilt. Die Hauptlast ruht auf dem Mittelstande, die großen Vermögen aber werden viel weniger herangezogen; einzelne Erwerbsquellen sind durch die Steuer überhaupt nicht zu fassen, wie zum Beispiel das spekulative, also nicht aus Gewerbebetrieb, sondern aus Börsenspekulationen gewonnene Einkommen, das erst dann herangezogen werden kann, wenn es sich in Vermögen um-

gesetzt hat. Trogalledem aber ist das deutsche Volk sehr wohl in der Lage, die Rüstung zu bezahlen, deren es zur Verteidigung und zur Erfüllung seiner politischen und Kultur-Aufgaben unbedingt bedarf, sobald zweckmäßige und durchgreifende Maßregeln getroffen werden und die Parteien sich entschließen können, auch grundsätzliche Bedenken auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern.

Der Streit um die sogenannte Reichsfinanzreform hat allerdings bewiesen, wie weit Parteiinteresse und Eigennutz die Volksvertretung beherrschen; es war kein erfreuliches Bild, wie jeder dem andern die Last zuzuschieben versuchte, um sich selbst gegen finanzielle Opfer zu sichern. Es muß daher damit gerechnet werden, daß auch in Zukunft die gleichen Bestrebungen sich geltend machen werden, und dennoch ist eine sehr bedeutende und rasche Steigerung der Reichseinnahmen erforderlich, wenn wir der Lage gewachsen bleiben und unsere nationale Zukunft nicht kampflos preisgeben wollen.

Unter diesen Umständen sehe ich kein anderes durchgreifendes Mittel als die baldige Einführung des Reichserbrechts, um dem dringenden Bedürfnis zu genügen. Diese Einnahmequelle würde keinen Stand besonders belasten, sondern alle gleichmäßig treffen und würde zugleich die nötigen Mittel aufbringen, um unsere Rüstung zu vervollständigen und unsere Schuldenlast zu verringern.

Wenn die Seitenverwandten mit Ausnahme der Geschwister auf testamentarische Einsetzung verwiesen werden, so daß sie also nur erben, wenn eine testamentarische Verfügung zu ihren Gunsten vorliegt, beim Mangel einer solchen aber das Reich als Erbe eintritt, könnte man nach einer auf amtliches Material gestützten Berechnung auf eine jährliche Einnahme von 500 Millionen rechnen. Auf diese Berechnung näher einzugehen, ist hier nicht der Platz. Sollte sie aber, was ich bezweifle, zu hoch gegriffen sein, so steht doch unter allen Umständen fest, daß der Ertrag einer solchen Steuer ein sehr bedeutender sein würde.

Da wie jede Erbschaftsteuer auch diese eine Kapitalsteuer ist, das heißt unmittelbar vom verbenden Kapital erhoben

wird, liegt es wohl in der Natur der Sache, daß der Ertrag in erster Linie zur Verbesserung der Vermögenslage verwendet wird, vornehmlich also zur Schuldentilgung. Sonst läge allerdings die Gefahr nahe, so zu handeln wie ein Privatmann, der vom Kapital lebt. Diese Auffassung empfiehlt sich auch deshalb, weil der Ertrag der Steuer kein feststehender, sondern Schwankungen unterworfen sein würde. Es würde demnach geboten sein, den Ertrag grundsätzlich in diesem Sinn zu verwenden und einen Teil zur Schuldentilgung den Gemeinden zufließen zu lassen, deren finanzielle Sanierung von besonderer Wichtigkeit ist. Dieser grundsätzliche Standpunkt schließt aber keineswegs aus, daß in einer Notlage des Staates die Steuer ausnahmsweise auch anderen wichtigen Zwecken dienstbar gemacht wird, wie der so notwendigen Bervollständigung unserer Waffenrüstung zu Lande und zu Wasser.

Es sind vor allem zwei Gesichtspunkte, die gegen das Erbrecht des Staates oder des Reiches geltend gemacht werden: ein volkswirtschaftlicher und ein ethischer. Es wird behauptet, daß der Betrag der Steuer dem Nationalvermögen entzogen würde, daß der Staat allerdings reich werde, das Volk aber verarme, und daß im Laufe der Zeit das Kapital in der Hand des Staates vereinigt, der selbständige Unternehmer durch den Beamten ersetzt und damit das Ideal des Sozialismus erfüllt würde. Zweitens sieht man in der Notwendigkeit, die Erbschaft den Verwandten durch Testament zu sichern, eine Bedrohung des Familienzusammenhanges. „Nach unserem geltenden Recht muß derjenige, der seinem Geschlecht sein Vermögen entziehen will, etwas Positives tun. Er muß ein Testament errichten, in dem er das Vermögen dritten Personen, wohlthätigen Stiftungen oder wem er sonst will hinterläßt. Es wird ihm also zu Gemüte geführt, daß seine natürlichen Erben seine Verwandten, seine Sippe sind, und daß von ihm . . . ein Testament verlangt wird, wenn er seine gesetzlichen Erben ausschließen will. Es kommt ihm zum Bewußtsein, daß er mit dem Testament in den natürlichen Lauf der Dinge eingreift, ihn willkürlich ändert. . . . Das Reichserbrecht wird also ge-

tragen von dem Gedanken, daß dem einzelnen die Gesamtheit von Natur näher steht als sein Geschlecht. . . . Das ist im tiefsten Innern ein sozialistischer Zug. Der sozialistische Staat, der mit einer atomisierten Gesellschaft rechnet, in der jeder einzelne aus dem Geschlechtsverband losgelöst ist, während alle von dem einheitlichen sozialen Bande gleichmäßig umschlossen werden, könnte eine derartige Forderung stellen“¹⁾.

Beide Einwürfe sind nur sehr bedingt berechtigt.

Solange der Staat die Erträge der Erbschaften benutzt, um Schulden zu bezahlen und notwendige Ausgaben zu bestreiten, die sonst auf anderem Wege gedeckt werden müßten, kommt ihre Hingabe allen Staatsgenossen insofern unmittelbar zugute, als sie weniger Steuern zu bezahlen brauchen, als sonst notwendig wäre; einer weiteren Ansammlung von Kapital in den Händen des Staates könnte auf gesetzlichem Wege sehr leicht entgegengetreten werden, indem man, wenn sich derartige Verhältnisse ergeben sollten, das Erbrecht allmählich wieder beschränken oder auf andere Weise der befürchteten Sozialisierung des Staates vorbeugen könnte. Das ließe sich finanztechnisch zweifellos einrichten. Es liegt keinerlei Notwendigkeit vor, es bis zu seinen äußersten Folgerungen durchzuführen.

Die sogenannten ethischen Bedenken sind wohl noch schwächer begründet. Ist ein wirklicher Familiensinn vorhanden, so wird der Erblasser sich auch dazu verstehen, ein Testament zu machen, was ja nach den heutigen gesetzlichen Bestimmungen außerordentlich einfach ist. Besteht aber innerhalb der Familie kein näherer Zusammenhang, so wird er wahrhaftig nicht dadurch gefördert, daß irgendwelche Verwandte einen Menschen beerben, dem sie im Leben ganz ferngestanden haben. Gerade das Erbrecht des Reiches würde voraussichtlich zur Folge haben, daß mehr testiert und dadurch gerade der Familiensinn gestärkt würde. Das „urgermanische Rechtsbewußtsein“, das in der heutigen Ausgestaltung des gesetzlichen Erbrechts zum Ausdruck kommt und in der Auffassung gipfelt, daß das Geschlecht dem

¹⁾ Bolko v. Ratte, Kreuzzeitung vom 18. November 1910.

einzelnen näher stehe als der Staat, hat in Deutschland bisher die unheilvollsten Folgen gezeitigt. Es ist die Wurzel, aus der die Zerstückelung Deutschlands, der Partikularismus und der mangelnde Gemeinfinn unseres Volkes entstanden sind. Es ist gut und nötig, daß wenigstens für das kommende Geschlecht diesem Geiste ein Gegengewicht geschaffen, daß die Bedeutung des Staates für den einzelnen wie für die Familie allen zum lebhaftesten Bewußtsein gebracht wird.

Diese mehr oder weniger theoretischen Bedenken sind jedenfalls nicht schwerwiegend genug, um gegen eine Maßregel wie die Einführung des Reichserbrechts zu entscheiden, wenn die Gefahr des Vaterlandes unmittelbare und schnelle Hilfe fordert und die ganze Zukunft Deutschlands auf dem Spiel steht.

Wenn also keine anderen Mittel in Vorschlag gebracht werden, durch die gleich hohe Einkünfte flüssig gemacht werden können, wird binnen kurzem die Wiedereinbringung eines Gesetzes, das das Reichserbrecht festsetzt, sich als eine Notwendigkeit erweisen und reichen Segen für unser von allen Seiten schwer bedrängtes Vaterland in Aussicht stellen. Rasche Hilfe ist notwendig, und ein solches Gesetz hätte daher alle Aussicht, auch im Reichstag angenommen zu werden, wenn die Regierung die politische Lage ohne Selbsttäuschung in ihrer wahren Gestalt darlegt¹⁾.

Ebenso wichtig wie die finanzielle Kriegsvorbereitung ist die politische. Wir sehen denn auch, daß alle Staaten der Welt bemüht sind, sich durch Bündnisse oder besondere Abmachungen gegen den Angriff übermächtiger Feinde zu sichern und Bundesgenossen für die Durchführung der eigenen Absichten zu gewinnen. Vielfach geht auch das Bestreben dahin, die anderen Staaten untereinander zu verfeinden, um dadurch freie Hand für die eigenen Unternehmungen zu gewinnen. Es ist die Politik, auf der England seine Machtstellung gegenüber Europa aufgebaut hat, um seine Weltpolitik ungestört zu ver-

¹⁾ Grenzboten 1910, Heft 41, 43 und 44. Für das Erbrecht des Reichs. Von Justizrat Bamberger-Mscherleben.

folgen. Es wäre falsch, ihm daraus einen Vorwurf zu machen; denn wenn es in seiner Politik auch mit äußerster sittlicher Rücksichtslosigkeit vorgegangen ist, hat es doch den Zweck aller Politik erreicht, eine gewaltige Macht zu begründen, und dem englischen Volke die Möglichkeit weitester Lebensbetätigung verschafft. Wir dürfen uns nur über die Grundsätze dieser englischen Politik nicht täuschen und müssen uns stets bewußt bleiben, daß sie sich nur und ausschließlich durch rücksichtslosen Egoismus leiten läßt, kein Mittel scheut, um ihre Ziele zu erreichen, und dabei eine bewunderungswürdige diplomatische Geschicklichkeit an den Tag legt.

Auch darüber darf man sich keiner Täuschung hingeben, daß politische Abmachungen immer nur einen bedingten Wert haben, daß sie immer nur unter einem stillschweigenden Vorbehalt geschlossen werden. Das *rebus sic stantibus* ist die Voraussetzung jedes Bündnisvertrages¹⁾; denn da er den Interessen jedes der Teilnehmer genügen soll, hat er offenbar nur so lange Bestand, als diese Interessen auch wirklich durch ihn gefördert werden. Das ist ein politischer Rechtsatz, der kaum wird bestritten werden können; denn nichts vermag einen Staat zu verpflichten, gegen sein eigenes Interesse zu handeln, von dem auch das aller seiner Bürger abhängt. Wohl aber legt diese Erwägung einem rechtlichen Staat die Verpflichtung auf, bei dem Abschluß und der zeitlichen Begrenzung politischer Abmachungen mit äußerster Vorsicht zu verfahren, eben um nicht zu einer wortbrüchigen Politik gezwungen zu werden. Immerhin können Verhältnisse eintreten, die stärker sind als der ehrlichste Wille. Dann bleibt das Interesse des eigenen Staates — natürlich im höchsten ethischen Sinne gefaßt — immer in letzter Linie entscheidend. „Sein Leben lang ward Friedrich der Große der treulosen Arglist geziehen, weil kein Vertrag und kein Bündnis ihn je vermochte, auf das Recht der freien Selbstbestimmung zu verzichten“²⁾.

¹⁾ Vgl. Fürst Bismarck, Gedanken und Erinnerungen Bd. II, S. 258 (Volksausgabe Bd. II, S. 287).

²⁾ Treitschke, Deutsche Geschichte I, S. 52/53.

Der wirkliche Staatsmann wird daher politische Vereinbarungen oder Bündnisse, auf deren Dauer er will rechnen können, nur dann abschließen, wenn er die Überzeugung gewonnen hat, daß jeder der Teilnehmer seinen wahren und restlosen Vorteil bei der getroffenen Vereinbarung findet. Ein solches Bündnis ist meiner Überzeugung nach, wie bereits an anderer Stelle nachgewiesen, das deutsch-österreichische. Nicht nur politisch, sondern auch militärisch ergänzen sich beide Staaten auf das glücklichste. Das deutsche Kampffeld im Osten wird durch Österreich gegen südliche Umgehung geschützt, während wir andererseits Österreichs Nordgrenze decken und jeden russischen Angriff gegen Galizien zu flankieren vermögen.

Bündnisse aber, in denen jede Partei verschiedene Interessen verfolgt, werden sich niemals in allen Verhältnissen bewähren und daher auch niemals ein dauerndes politisches System darstellen können.

„Es gibt kein Bündnis noch Band in der Welt, das als kräftig betrachtet werden kann, wenn nicht die gemeinsamen und gegenseitigen Interessen es knüpfen; sobald bei einem Vertrage der Vorteil ganz auf der einen Seite ist und auf der anderen nichts, löst dieses Mißverhältnis jedesmal die Verbindlichkeit“, sagt schon Friedrich der Große, trotz Bismarck wohl unser größter politischer Lehrmeister.

Man darf sich in der Politik durch die eigenen Wünsche und Hoffnungen nicht blenden lassen, sondern muß die Dinge nüchtern ins Auge fassen und das wahrscheinliche Verhalten der anderen Staaten nach deren eigenen Interessen zu beurteilen suchen. „Das gefährlichste für den Diplomaten“, lehrt Bismarck, „sind Illusionen. Man muß sich zur Voraussetzung machen, daß der andere ebenfalls nichts suche als seinen Vorteil.“ Es wird sich immer als verfehlt erweisen, einen großen Staat durch diplomatische Bindungen zu Handlungen oder zu einem Verhalten zwingen zu wollen, die seinen wirklichen Interessen widersprechen. Kommt es zur Entscheidung, so wird sich unweigerlich das Schwergewicht dieser Interessen geltend machen.

Als Napoleon III. den Krieg gegen Preußen plante, versuchte er Oesterreich und Italien zu Bundesgenossen zu gewinnen, und Erzherzog Albrecht war tatsächlich in Paris, um die militärischen Vereinbarungen zu treffen ¹⁾. Solche haben aller Wahrscheinlichkeit nach auch wohl bestanden, da auch ein französischer General zu gleichem Zwecke in Wien war ²⁾. Beide Staaten aber ließen Frankreich im Stich, sobald die erste preußische Fahne siegreich auf den Höhen des Geisbergs flatterte. Eine weniger voreingenommene Staatskunst als die Napoleons hätte das voraussehen können, weil keinerlei genügendes Interesse weder für Oesterreich noch für Italien bestand, sich auch unter wenig günstigen Bedingungen in einen solchen Krieg einzulassen.

In dem gleichen Geiste des eigenen Staatsinteresses hat Frankreich die Algecirasakte, die diesem Interesse nicht genügte, rücksichtslos beiseite geschoben, und ebenso wird es auch alle weiteren diplomatischen Abmachungen, die Deutschlands Handelsinteressen in Marokko schützen sollen, tatsächlich unberücksichtigt lassen, sobald es die Macht dazu zu haben glaubt, da es seinem Interesse offenbar entspricht, unbedingt Herr in Marokko zu sein und dieses Land selbst auszubeuten. Kein Altstück der Welt wird es veranlassen, deutschem Handel und deutschen Unternehmungen in Marokko eine Freistadt zu gewähren, sobald es die deutschen Waffen nicht fürchtet; und von seinem Standpunkt aus hat es recht.

¹⁾ Als Oberst Stoffel, der bekannte französische Militärattaché in Berlin, nach Paris zurückgekehrt 1870 vom Kaiser empfangen wurde und diesen auf die Gefahr der Lage und die voraussichtlich große Kriegsbereitschaft Preußens hinwies, erklärte sich Napoleon für besser unterrichtet und entnahm seinem Schreibtisch ein Memoire über die preußischen Heeresverhältnisse, das ihm allem Anschein nach der Erzherzog Albrecht gegeben hatte und das zu anderen Ergebnissen kam wie der Oberst Stoffel. Diese Angaben hatte der Kaiser seinen politischen und militärischen Berechnungen zugrunde gelegt. Mitteilungen des Oberst Stoffel an den früheren Kriegsminister v. Verdy, der sie dem Verfasser berichtete.

²⁾ General Lebrun, Souvenirs militaires. Mission à Vienne et en Belgique.

Wenn man sich nun bewußt ist, daß für das politische Verhalten jedes Staates nur seine eigenen Interessen maßgebend sind, und hiernach die natürliche Gegenstellung und Gruppierung der verschiedenen Weltmächte zu beurteilen sucht, wird man darüber nicht im Zweifel sein, daß es immer außerordentlich schwierig sein wird, die politische Gruppierung im eigenen Interesse zu beeinflussen; eine solche Beeinflussung ist nur dadurch möglich, daß man die Interessen der Staaten, mit denen man nähere Vereinbarungen wünscht, tatsächlich zu fördern, die Gegner aber tatsächlich zu schädigen strebt. Eine Politik aber, die es mit niemand verderben, aber auch in niemandes Interesse handeln will, läuft Gefahr, es mit allen zu verderben und im Augenblicke der Not allein zu stehen. Ohne Einsatz und Wagnis ist eine erfolgreiche Politik daher überhaupt nicht zu führen. Sie muß sich ihrer Ziele klar bewußt sein und sie unbeirrt im Auge behalten. Alle Wandlungen der Verhältnisse und alle unvorhergesehenen Ereignisse muß sie bestrebt sein in den Dienst der eigenen Ideen zu zwingen; vor allem aber muß sie es verstehen, die Gunst des Augenblicks zu benutzen, und darf vor kühnem Handeln nicht zurückscheuen, wenn die allgemeine Lage die Möglichkeit erkennen läßt, die eigenen politischen Absichten durchzusetzen oder einen notwendigen Krieg unter günstigen Bedingungen zu führen. „Die große Kunst der Politik ist nicht,“ schreibt Friedrich der Große, „gegen den Strom zu schwimmen, sondern alle Verhältnisse zum eigenen Vorteil zu wenden. Die Kunst der Politik besteht mehr darin, aus günstigen Konjunkturen Vorteil zu ziehen als diese Konjunkturen vorzubereiten,“ und schon in den Rheinsberger Tagen bekannte er sich zu dem Grundsatz, den er sein ganzes Leben hindurch festgehalten hat: „Die Klugheit ist sehr geeignet zu bewahren, was man besitzt, doch allein die Kühnheit versteht zu erwerben.“ „Ich gebe euch ein Problem zu lösen,“ sagte er zu seinen Räten, als die Nachricht vom Tode Kaiser Karls VI. eintraf: „wenn man im Vorteil ist, soll man sich das zunutze machen oder nicht?“

Bestimmte, klar gedachte politische Ziele, weise Voraussicht, richtige Beurteilung der eigenen wie der fremdstaatlichen Interessen, zutreffende Schätzung der feindlichen und der befreundeten Streitkräfte, entschlossenes Eintreten nicht nur für die eigenen Interessen, sondern auch für die der Verbündeten, und kühnes Wagen, wenn die Schäferstunde schlägt: das sind die großen Gesetze des politischen wie des militärischen Erfolges. In ihnen liegt auch die politische Vorbereitung des Krieges beschlossen. Wer sich dagegen durch den Schein der Macht blenden läßt und niemals den Entschluß zur Tat zu finden weiß, der wird auch politisch den notwendigen Krieg nicht glücklich vorzubereiten vermögen. „Die prahlerische Ohnmacht, die sich als Macht gebärdet, das unsittliche Vorrecht, das mit der Heiligkeit des historischen Rechtes prunkt, die Tatenscheu, die ihre Ratlosigkeit hinter leeren Formbedenken verbirgt, fanden niemals einen stolzeren Verächter“ als den großen Preußenkönig, sagt Heinrich v. Treitschke¹⁾. Möchte der alte Fritz auch in dieser Hinsicht unser Vorbild sein und uns lehren mit unerbittlichem Realismus, unsere Politik derart zu leiten, daß sich die Weltlage für unsere politischen Zwecke vorteilhaft gestaltet und wir die Gunst der Stunde nicht versäumen.

Es ist ein Mißbrauch der Sprache, wenn unsere tatenscheue Zeit jede unternehmende, positive Ziele verfolgende Politik als „Abenteurerpolitik“ zu brandmarken sucht. Als solche kann nur die Politik bezeichnet werden, die sich willkürliche Ziele steckt und diese ohne zutreffende Schätzung der wahrscheinlichen Gegenwirkungen verfolgt, also sich tatsächlich auf unberechenbare Abenteuer einläßt, wie einst Napoleon III. in Mexiko oder Italien in Abyssinien.

Eine Politik aber, die die großen historisch gewordenen und in der Natur der Dinge begründeten Aufgaben des Staates zu verwirklichen sucht unter umsichtiger Berechnung aller mitwirkenden Faktoren, ist auch dann in sich gerechtfertigt, wenn sie kühn und unternehmend mit der Möglichkeit eines

¹⁾ Deutsche Geschichte I, S. 49.

Krieges rechnet. Diese Erkenntnis ergibt sich unmittelbar, wenn man die Folgen erwägt, die dem Staate erwachsen, wenn ihm der Krieg unter ungünstigen Bedingungen aufgezwungen wird. Ich brauche bloß an 1806 zu erinnern und an die furchtbare Katastrophe, zu der die damalige schwächliche, alle historisch gewordenen Aufgaben verleugnende Friedenspolitik Preußens führte.

Auch der russisch-japanische Krieg redet in dieser Hinsicht eine deutliche Sprache. Japan hatte den Krieg nicht nur militärisch, sondern auch politisch auf das zweckmäßigste vorbereitet, indem es das Bündnis mit England schloß und sich der wohlwollenden Neutralität Amerikas und Chinas versicherte. In ebenso umsichtiger wie entschlossener und tapferer Politik scheute es sich nicht, den Kampf, ohne den es seine politischen Zwecke nicht erreichen konnte, im günstigsten Augenblick zu beginnen. Rußland dagegen war auf den Krieg weder politisch noch militärisch vorbereitet. Durch sein Bündnis mit Frankreich war es zu Deutschland in eine feindliche Stellung gedrängt worden und wagte es daher nicht, seine Westfront zu entblößen, um mit genügenden Kräften im fernen Osten auftreten zu können. Auch die inneren Zustände zwangen dazu, starke Truppenmassen im westlichen Teil des Reiches zurückzuhalten. Zum großen Teil waren es daher nur minderwertige Reservetruppen, die es gegen Japan einsetzte. Auch die durch die politische Lage bedingten militärischen Vorbereitungen waren nicht getroffen worden, obgleich die Unvermeidlichkeit des Konflikts längst zu erkennen gewesen war. So fing der Krieg mit unheilvollen Rückzügen an, und nirgends kam es zu entschlossenem Handeln. Es kann einem Zweifel gar nicht unterliegen, daß die Verhältnisse sich ganz anders entwickelt haben würden, wenn Rußland sich entschlossen und zielbewußt auf den unvermeidlichen Kampf vorbereitet und ihn in offensiver Weise selbst begonnen hätte.

Auch England wurde vom Burenkriege politisch vollständig überrascht und hatte daher keinerlei militärische Vorkehrungen getroffen, die den Zwecken seiner Politik entsprochen hätten

und geeignet gewesen wären, seinem politischen Willen Nachdruck zu geben.

Zwei Gesichtspunkte ergeben sich mit voller Bestimmtheit aus dieser Betrachtung.

Vor allem sehen wir, daß zwischen der militärischen und der politischen Kriegsvorbereitung eine innige Wechselbeziehung besteht. Nur wenn der Staatsmann sich auf eine Wehrmacht stützt, die stark genug ist, seinem Willen Nachdruck zu geben, und nichts unternimmt, was er nicht im Notfall mit den Waffen durchsetzen kann, läßt sich der Krieg politisch zweckmäßig vorbereiten. Außerdem aber muß man auch bestrebt sein, das Heer in einer Weise zu entwickeln, die den politischen Absichten Rechnung trägt. Es ist daher eine nur in beschränktem Sinne berechtigte Forderung, daß sich der Heersführer im Frieden wie im Kriege von aller Politik fernhalten soll. Kriegsminister und Generalstabschef müssen im Gegenteil über alle Schwankungen und Möglichkeiten der Politik auf dem laufenden erhalten, ja es muß ihnen sogar ein gewisser Einfluß auf die Politik zugestanden werden, damit sie ihre Maßregeln den Bedürfnissen der Politik anpassen können und den Staatsmann zum Handeln wenigstens aufzufordern berechtigt sind, wenn die militärische Lage sich besonders günstig gestaltet. Der Leiter der auswärtigen Politik aber darf seinerseits das militärisch Mögliche nie aus den Augen verlieren und muß über den Grad der Kriegsbereitschaft zu Lande und zu Wasser dauernd unterrichtet werden, da er, wie gesagt, immer nur das erstreben darf, was im Notfall auch mit einem Kriege durchzusetzen ist. Die verhüllte oder unverhüllte Drohung mit dem Kriege ist das einzige Mittel, über das die Politik verfügt, um ihre Zwecke durchzusetzen; denn in letzter Linie ist es doch immer die Vorstellung von den möglichen Folgen eines Krieges, die den Gegner zum Nachgeben veranlaßt. Wo auf dieses Mittel verzichtet wird, ergibt sich meistens eine Politik des Kompromisses, die keine Partei voll befriedigt und selten dauernde Zustände schafft. Wo ferner der Staatsmann die Möglichkeit eines kriegerischen Austrags erkennen läßt, darf die Drohung keine

leere sein, sondern muß sich auf wirkliche Macht und festen Willen stützen, wenn sie nicht zu politischer und moralischer Niederlage führen soll.

Der zweite Punkt, der sich uns in voller Klarheit darstellt, ist der, daß eine zaghafte und abwartende Politik, die dem Gegner die Initiative überläßt und sich scheut, die Politik unter Umständen auch mit kriegerischen Mitteln fortzusetzen, stets auch eine militärisch ungünstige Lage schafft. Diese Lehre, die sich auch theoretisch begründen läßt, predigt die Geschichte in ungezählten Beispielen, wie sie anderseits erkennen läßt, daß eine zielbewußte und tätige Staatskunst, die allen gegnerischen Bestrebungen gegenüber die Vorhand behauptet, auch die militärische Lage meist günstig vorbereitet.

Krieg und Politik stehen in dieser Hinsicht unter völlig gleichen Gesetzen; nur wo politische und militärische Voraussicht und Entschlossenheit sich die Hand reichen, sind große und bedeutende Erfolge zu erwarten.

Betrachten wir nun von diesen Gesichtspunkten aus die politische Vorbereitung des nächsten Krieges, den Deutschland zu führen haben wird, so müssen wir meiner Ansicht nach zu dem Schluß gelangen, daß, je ungünstiger sich die politische Lage gestaltet, desto mehr eine entschlossene und tatkräftige Politik geboten ist, wenn für den unvermeidlich herandrohenden Krieg einigermaßen günstige Bedingungen geschaffen werden sollen.

Solange wir früher nur mit der Möglichkeit eines Krieges mit doppelter Front gegen Frankreich und Rußland, dagegen mit der Teilnahme aller Dreibundstaaten an diesem Kriege zu rechnen hatten, lag die Sache verhältnismäßig einfach. Gewiß waren auch damals eine Reihe verschiedener strategischer Möglichkeiten gegeben; immer aber beschränkte sich die Aufgabe auf die verhältnismäßig einfache Formel: strategischer Angriff auf der einen, strategische Defensiv auf der anderen Seite, oder unter Berücksichtigung der österreichischen Armee: Offensive nach beiden Seiten. Heute liegen die Dinge anders.

Wir müssen neben Frankreich und Rußland auch England

berücksichtigen und nicht nur mit einem Angriff zur See auf unsere Nordseeküste rechnen, sondern auch auf eine Landung englischer Streitkräfte auf dem europäischen Festlande und auf eine Verletzung der belgisch-holländischen Neutralität durch unsere Gegner gefaßt sein. Auch ist es wenigstens nicht ausgeschlossen, daß England Truppen in Schleswig oder Jütland ans Land setzt und Dänemark zum Kampfe gegen uns zu zwingen sucht. Es erscheint ferner durchaus fraglich, ob Oesterreich in der Lage sein wird, uns mit seiner ganzen Heeresmacht zu unterstützen, oder ob es nicht vielmehr gezwungen sein wird, an seiner Süd- und Südostgrenze seine eigensten Interessen militärisch wahrzunehmen. Auch ein Angriff Frankreichs durch die Schweiz gewinnt an Wahrscheinlichkeit, wenn sich eine völlige Umgestaltung der europäischen Staatengruppierung vollzöge. Endlich würden wir uns auch in der Ostsee schwer bedroht sehen, wenn Rußland Zeit gewinnt, seine Flotte auszubauen.

Alle diese ungünstigen Verhältnisse werden allerdings wahrscheinlich nicht gleichzeitig eintreten; sie sind aber alle unter gewissen im Bereich der Möglichkeit liegenden politischen Kombinationen mehr oder weniger wahrscheinlich und müssen daher auch militärisch berücksichtigt werden. Das schafft eine militärisch höchst ungünstige Lage.

Wenn es unter solchen ungeklärten Verhältnissen nötig werden sollte, die Armee auf Kriegsfuß zu setzen und für den Kampf bereitzustellen, bliebe in der That nichts anderes übrig, als den Umständen durch Ausschneiden strategischer Reserven Rechnung zu tragen, die um so stärker sein müßten, je verwickelter und unklarer die politischen Verhältnisse, je stärker die Gegner wären, mit deren möglicher Teilnahme am Kampfe man zu rechnen hätte. Die strategische Reserve würde gewissermaßen zu einer politischen werden. Eine Reihe von Schutzmaßregeln, die auf alle Fälle geboten wären, müßte allerdings sofort angeordnet werden, die Masse des Heeres aber würde man erst dann in einer bestimmten Richtung einsetzen können, wenn man die Gesamtlage klar zu übersehen und alle Notwendigkeiten zu berücksichtigen vermöchte. Bis zu diesem Zeitpunkt würde

man die Truppen der strategischen Reserve je nach den Umständen in ihren Garnisonen lassen oder derart an den Eisenbahnlinien und Knotenpunkten versammeln müssen, daß sie im gegebenen Falle in der einen oder in der anderen Richtung befördert werden könnten. Das rollende Material der Bahnen müßte nach den gleichen Gesichtspunkten bereitgestellt, die für die verschiedenen möglichen Transportrichtungen notwendigen Fahrpläne müßten vorbereitet, die Verpflegung müßte in den verschiedenen möglichen Aufmarschrayons sichergestellt werden. Auch müßte man schon im Frieden auf den Bahnhöfen den verschiedensten politischen Gesichtspunkten gemäß die Ausladevorrichtungen sicherstellen. Jedenfalls wären wir zu einem abwartenden Verhalten, zur strategischen Defensiv verurteilt, die militärisch gerade unter heutigem Verhältnis äußerst ungünstig ist; wir würden eine Invasion des einen oder des anderen Feindes nicht zu verhindern vermögen.

Daß ein Krieg, der unter solchen Bedingungen begonnen werden müßte, keine günstigen Erfolgsaussichten gewähren kann, bedarf keines Beweises. Selbst die bravste Armee muß unterliegen, wenn sie unter allzu ungünstigen Bedingungen in den Kampf gegen erdrückende Übermacht geführt wird; und eine militärische Prüfung der Verhältnisse ergibt, daß gerade bei den Massenarmeen der Neuzeit eine Kriegführungsweise, wie sie hier auf der inneren Linie geboten wäre, die allergrößten Schwierigkeiten zu überwinden und mit den ungünstigsten operativen Bedingungen zu rechnen hat¹⁾.

Die Ungunst einer solchen Lage ist nur dann zu vermeiden, wenn die Politik die Möglichkeit schafft, offensiv zu verfahren und womöglich den einen Gegner niederzuwerfen, bevor der andere tätig eingreifen kann. In dieser Initiative liegt unser Heil wie zu den Zeiten Friedrichs des Großen. Dieser Wahrheit müssen wir hellen Auges ins Antlitz schauen und dürfen uns ihr nicht verschließen. Demgegenüber kann man allerdings einwenden, daß gerade der Angriff für uns ungünstige Ver-

¹⁾ v. Bernhardi, Vom heutigen Kriege Bd. II, 3. Kapitel, 3.

v. Bernhardi, Deutschland und der nächste Krieg

hältnisse herbeiführen würde, weil er die Bedingungen schafft, unter denen das russisch-französische Bündnis in Kraft träte. Griffen wir Frankreich oder Rußland an, so sei der Bundesgenosse zur Hilfeleistung gezwungen, wir aber befänden uns dann in sehr viel schlimmerer Lage, als wenn wir nur einen Gegner zu bekämpfen hätten. Aufgabe unserer Diplomatie sei es daher, die Karten so zu mischen, daß wir von Frankreich angegriffen würden, weil dann die Aussicht vorhanden wäre, daß Rußland vorläufig neutral bleiben würde.

Dieser Gesichtspunkt ist zweifellos zu beachten; nur darf man nicht hoffen, diesen Angriff durch tatenloses Abwarten herbeizuführen. Weder Frankreich noch Rußland noch England haben es nötig, uns anzugreifen, um ihre Interessen durchzusetzen. Solange wir vor dem Angriff zurückscheuen, können sie uns durch diplomatische Mittel unter ihren Willen zwingen, wie das ja auch der Ausgang des Marokkohandels bewiesen hat.

Wollen wir einen Angriff unserer Gegner herbeiführen, so müssen wir eine politische Aktion beginnen, die ohne Frankreich anzugreifen doch dessen oder Englands Interessen so schwer verletzt, daß diese beiden Staaten sich ihrerseits zum Angriff gezwungen sehen. Möglichkeiten zu einem solchen Vorgehen bieten sich sowohl in Afrika wie in Europa selbst, und wer die vorstehenden politischen Erörterungen aufmerksam gelesen hat, wird sich unschwer von ihnen Rechenschaft geben können.

Im Gegensatz zu dieser Auffassung wird ja allerdings vielfach die Ansicht vertreten, wir sollten ruhig abwarten und die Zeit für uns kämpfen lassen, da uns durch die Macht der Tatsachen vieles in den Schoß fallen würde, um das wir jetzt schwer ringen müßten. Leider vergessen solche Politiker stets, klar und bestimmt anzugeben, welche Tatsachen denn eigentlich zu unseren Gunsten wirken und welche Vorteile uns dadurch zufließen werden. Solche politische Weisheit ist nicht ernst zu nehmen, da sie nirgends festen Boden unter den Füßen hat. Wir müssen vielmehr mit den bestimmt gegebenen Verhältnissen

rechnen und uns bewußt bleiben, daß Tatenscheu und Gehelassen noch nie zu großen Erfolgen geführt haben.

Welche Schritte und Maßnahmen unserer auswärtigen Politik obliegen werden, um eine günstige politische Lage im Fall eines kriegerischen Austrags der für Deutschland schwebenden Lebensfragen herbeizuführen, läßt sich von einem Fernstehenden nicht beurteilen. Dazu ist eine volle und eingehende Kenntnis der politischen und diplomatischen Lage erforderlich, wie ich sie nicht besitzen kann. Eines nur läßt sich mit voller Berechtigung sagen: Über die Wirren und Widersprüche der augenblicklichen Lage hinweg müssen wir die großen Gesichtspunkte im Auge behalten, die sich im Laufe der Zeit immer wieder geltend machen werden.

Italien, das einen günstigen Augenblick benützt hat, um Siedlungsgebiete für seinen stärkeren Bevölkerungszuwachs zu gewinnen¹⁾, kann seine politische Aufgabe, die Vormachtstellung im Mittelmeer zu erringen, niemals im Anschluß an Frankreich und England erfüllen, weil beide Staaten diese Stellung selbst beanspruchen. Nur das Streben, den Dreibund zu sprengen, hat sie zu einer augenblicklichen Begünstigung der italienischen Erweiterungspolitik bestimmt. Dieser Zwischenfall ändert aber nichts an der Tatsache, daß der wahre Vorteil Italiens den Anschluß an den Dreibund heißt, der allein ihm Tunis und Biserta verschaffen kann. Das Schwergewicht dieser Verhältnisse wird sich immer wieder geltend machen.

Auch die Türkei kann nicht dauernd mit England, Frankreich und Rußland zusammengehen, deren große Politik gerade auf eine Vernichtung der heutigen Türkei gerichtet ist und gerichtet sein muß. Der Islam hat nach wie vor seine mächtigsten Feinde in England und Rußland und wird über kurz oder lang sich gezwungen sehen, den Anschluß an den mitteleuropäischen Staatenbund zu suchen, trotzdem wir den zweifellosen Fehler begangen haben, ihn in Marokko preiszugeben.

Zwischen Rußland und England besteht keine wahre Inter-

¹⁾ Aus Italien wanderten 487 000 Personen 1908 aus.

essengemeinschaft; in Zentralasien, in Persien wie im Mittel-
ländischen Meer stehen sich ihre Bestrebungen trotz aller Ab-
machungen feindlich gegenüber. Auch drängen die Verhältnisse
in Japan und China zu einer Entscheidung, die Rußlands
Interesse in hohem Maße in Anspruch nimmt und seine Kräfte
teilweise wenigstens bindet.

Alle diese Verhältnisse eröffnen der deutschen Staatskunst,
wenn sie sich auf der Höhe ihrer Aufgabe zeigt, vielseitige Aus-
sichten und lassen die allgemeine Lage für uns wenigstens nicht
ganz so nachteilig erscheinen, wie man angesichts der neuesten
politischen Ereignisse glauben sollte. Dann aber hat unsere
Politik mit einem Kräftefaktor zu rechnen, wie er keinem an-
deren Staat zur Verfügung steht: mit einer Armee, deren mili-
tärische Leistungsfähigkeit meiner Überzeugung nach gar nicht
hoch genug eingeschätzt werden kann. Nicht als ob sie in allen
Einrichtungen und Einzelheiten vollkommen wäre! Daß sie das
nicht ist, wurde ausführlich dargelegt. Der Geist aber, der die
Truppe beseelt, die Angriffsfreudigkeit, Tatenlust und Pflicht-
treue, die in ihr herrschen, berechtigen zu den höchsten Erwar-
tungen. Ich bin überzeugt: wenn sie demnächst zu den Waf-
fen gerufen werden sollte, werden ihre Leistungen die Welt
in Erstaunen setzen, falls sie nur einigermaßen gut und ent-
schlossen geführt wird. Auch das deutsche Volk wird sich —
des bin ich ebenso gewiß — auf der Höhe seiner Aufgabe
finden. Es ruht in seiner Seele eine gewaltige Kraft, die nur
des Erweckers harret. Wer es heute verstünde, den schlummern-
den Idealismus dieses Volkes wachzurufen, dem Auge der Nation
große und klar erkennbare Ziele zu zeigen, die der Begeisterung
wert sind: er würde dieses Volk in vereinigter Kraft zu den
größten Anstrengungen und Opfern fortzureißen vermögen und
wahrhaft Großes erreichen können.

In dem Bewußtsein, diese Kräfte jederzeit aufrufen zu
können, und in dem festen Vertrauen, daß sie im Augenblick
der Gefahr nicht versagen werden, kann unsere Regierung festen
Schrittes den Weg gehen, der einer großen Zukunft entgegen-
führt; sie wird aber nur dann die Kräfte des Volkes zu ent-

fesseln vermögen, wenn sie sein Vertrauen durch Taten und Erfolge erwirbt und sich das mannhafte Goethesche Wort zum Wahlspruch nimmt:

„Allen Gewalten
Zum Trutz sich erhalten,
Nimmer sich beugen,
Kräftig sich zeigen
Rufet die Arme
Der Götter herbei.“

Nachwort

Nachdem ich die vorstehenden Blätter im wesentlichen niedergeschrieben hatte, sind das deutsch-französische Abkommen über Marokko und die Kongokompensationen bekannt geworden; der türkisch-italienische Krieg ist ausgebrochen; die Revolution in China hat einen Umfang angenommen, der neue internationale Wirren in Ostasien möglich erscheinen läßt, und endlich ist zutage gekommen, daß zwischen Frankreich und England nicht nur eine entente cordiale besteht, sondern daß ein wirklich gegen uns gerichtetes Kriegsbündnis bestanden hat. Ein solches scheint zwar nicht dauernd zwischen beiden Staaten abgeschlossen zu sein, ist aber offenbar für alle die Fälle vorgesehen, in denen die Möglichkeit eines Krieges in den politischen Gesichtskreis tritt.

Die beiden ersten Ereignisse habe ich durch entsprechende Einschaltungen in den Text meiner Schrift noch berücksichtigen können; das Licht aber, das neuerdings auf die englisch-französischen Abmachungen gefallen ist, veranlaßt mich zu einer kurzen Schlußbetrachtung.

Die deutsche Reichsregierung hat offenbar aus gewichtigen Gründen, die sich der Erörterung entziehen, es für angezeigt gehalten, unter den jetzigen Verhältnissen einen kriegerischen Zusammenstoß sowohl mit England wie mit Frankreich unter allen Umständen zu vermeiden. Durch das Abkommen mit Frankreich hat sie diesen Zweck erreicht, und es ist wohl anzunehmen, daß weitere Zugeständnisse nicht zu erlangen waren, wenn von vornherein der Entschluß feststand, einen Krieg jetzt nicht zu führen. Nur von diesem Gesichtspunkt aus kann meines Erachtens das Verhalten der Regierung sowohl Frankreich wie

England gegenüber gerecht beurteilt werden. Daß Großbritannien entschlossen war, es auf einen Krieg ankommen zu lassen, geht aus seinem ganzen Verhalten deutlich hervor. Seine unmittelbaren Kriegsvorbereitungen, die Bewegungen seiner Schiffe und der Ansturm der englischen Großfinanz gegen die wichtigsten deutschen Bankinstitute, der gerade in der kritischen Zeit erfolgte, schließen jeden Zweifel aus. Von Frankreich aber haben wir die gemachten Zugeständnisse wahrscheinlich nur deshalb erreicht, weil es seinerseits den günstigen Augenblick für den lange geplanten Kampf noch nicht für gekommen gehalten haben mag. Voraussichtlich will es abwarten, bis einerseits der Dreibund sich noch weiter aufgelöst, Rußlands militärische Leistungsfähigkeit zu Lande und zu Wasser sich noch mehr gefestigt hat, und bis andererseits seine eigene afrikanische Armee so weit verstärkt worden ist, daß sie das Heer am Rhein wirksam unterstützen kann.

Findet in dieser Auffassung die Marokkopolitik der Regierung eine ausreichende Erklärung, so kann dagegen, wenn man das Abkommen mit Frankreich an und für sich betrachtet, ein Zweifel darüber wohl nicht bestehen, daß es unseren berechtigten Wünschen nicht in vollem Maße genügt.

Es soll keineswegs bestritten werden, daß die handelspolitischen Abmachungen bezüglich Marokkos für unsere Industriellen, Unternehmer und Kaufleute günstige Konkurrenzbedingungen schaffen, daß auch die Landerwerbungen im französischen Kongo einen gewissen und vielleicht sogar großen Zukunftswert haben, besonders wenn es gelänge, die spanische Enklave an der Küste dazu zu erwerben, die den Besitz erst wirklich zu einem wertvollen gestalten würde. Dagegen kann das, was wir erreicht haben, als ein genügender Ersatz für das, was wir preiszugeben gezwungen waren, niemals angesehen werden.

Daß die handelspolitischen Zugeständnisse, die Frankreich gemacht hat, nur so lange von Wert sind, als ihre Durchführung durch unsere Wehrkraft gewährleistet wird, habe ich bereits an anderer Stelle betont; die Erwerbungen im Kongogebiet aber

müssen zwar, wie der Reichskanzler in seiner Rede vom 9. November 1911 hervorgehoben hat, nicht nur auf ihren Gegenwartswert, sondern auch auf ihren Zukunftswert hin angesehen werden, erscheinen aber leider gerade von diesem Standpunkt aus besonders minderwertig im Vergleich zu Marokko; denn es kann einem Zweifel doch wohl kaum unterliegen, daß gerade in der Zukunft Marokko ein sehr viel wertvollerer Besitz für Frankreich sein wird als das Kongogebiet für Deutschland, besonders wenn es nicht gelingen sollte, die spanische Enklave zu erwerben. Auch der Zugang zum Ubangi und zum Kongo hat vorläufig einen mehr oder weniger theoretischen Wert und kann uns im Kriege durch ein paar Senegalesenkompanien verlegt werden. Arge Selbsttäuschung wäre es ferner, wenn man in dem kolonialen Ausgleich, den wir mit Frankreich geschlossen haben, die Anbahnung eines besseren Verhältnisses zu diesem Staat überhaupt erblicken wollte. Es ist gewiß nicht anzunehmen, daß Frankreich seine jahrzehntelang mit größter Tatkraft und eiserner Konsequenz durchgeführte Revanchepolitik in einem Augenblick aufgeben werde, wo es der Unterstützung durch England sicher ist, bloß weil es in einer verlorenen Ecke Afrikas sich aus Opportunitätsrücksichten mit uns vergleichen hat. Diesem Gesichtspunkt ist im Gegensatz zu der vom Reichskanzler v. Bethmann Hollweg geäußerten Ansicht eine Bedeutung überhaupt nicht beizumessen¹⁾. Wir brauchen deshalb das jetzige Abkommen nicht als ein endgültiges zu betrachten. Es ist der Revision ebenso fähig wie die Algecirasakte und bietet in dieser Hinsicht sogar den Vorteil, daß es zahlreiche neue Reibungsflächen mit Frankreich schafft.

Für den Augenblick freilich bedeutet die Erwerbung im Kongogebiet sogar eine Schwächung für Deutschland; denn nutzbar gemacht werden kann sie nur durch die Aufwendung sehr bedeutender Geldmittel, und jeder Pfennig, der heute der Kriegsrüstung entzogen wird, bedeutet eine Schwächung unserer politischen Stellung. Auch darf man — wie mir

¹⁾ Rede vom 9. November 1911.

scheinen will — bei der Beurteilung der ganzen Frage nicht lediglich den konkreten Wert der Tauschobjekte in Rechnung stellen, sondern mit in erster Linie ihre politische Tragweite, ihre Folgen für unsere Gesamtpolitik. Von diesem Standpunkt aus läßt sich zunächst nicht verkennen, daß das ganze Abkommen eine Minderung unseres Ansehens in der Welt bedeutet; denn wir haben zweifellos unseren anfänglichen, mit einer gewissen Ostentation kundgetanen Standpunkt, die Souveränität Marokkos aufrecht erhalten zu wollen, aufgegeben und uns den gewalttamen Bruch des Algecirasabkommens durch Frankreich ruhig gefallen lassen, trotzdem unsere wichtigsten Interessen dabei im Spiel waren. Wenn in dem Wortlaut des Marokkoabkommens dieses als eine Erläuterung des Vertrages von 1909 bezeichnet und dadurch der Schein erweckt wird, als habe sich unsere Politik in einer folgerichtigen Linie bewegt, kommt tatsächlich diese Erläuterung einer völligen Umkehr gleich.

Ein weiterer politischer Nachteil ist der Umstand, daß unsere Stellung zum Islam durch die Preisgabe Marokkos zu unserem Nachteil verändert worden ist. Ob unsere diplomatischen Beziehungen zur Türkei gelitten haben, vermag ich natürlich nicht zu beurteilen; daß wir aber in der ganzen islamitischen Welt, die für uns von der größten Bedeutung ist, an Wertschätzung eingebüßt haben, kann, glaube ich, nicht bezweifelt werden. Auch ist die Annahme wohl nicht von der Hand zu weisen, daß das Marokkoabkommen den unmittelbaren Anstoß zum Vorgehen Italiens gegen Tripolis gegeben und damit eine tiefgehende Erschütterung des Dreibundes herbeigeführt hat. Die Machterweiterung, die Frankreich durch den Erwerb Marokkos erreichte, hat es den Italienern notwendig erscheinen lassen, mit der Befestigung ihrer Stellung im Mittelmeer nicht mehr zu zögern.

Die schlimmste Folge unserer Marokkopolitik ist jedoch unstrittig der tiefe Riß, der sich als ihre Folgeerscheinung zwischen der Regierung und der Masse der nationalen Parteien gebildet hat, der Verlust an Vertrauen in weiten Kreisen des Volkes

und auch in solchen Gesellschaftsklassen, die bisher trotz ihrer oppositionellen Stellung zur Regierung der Vertretung des Reiches nach außen wohlwollend gegenüber gestanden haben. In dieser Erschütterung des öffentlichen Vertrauens, die in der Presse wie im Reichstage unverhohlen zutage getreten ist, nach den letzten Erklärungen der Regierung aber eine gewisse Abschwächung erfahren zu haben scheint, liegt in meinen Augen der größte Nachteil des deutsch-französischen Ausgleichs; denn in den schweren Tagen, denen wir entgegengehen, muß sich die deutsche Reichsregierung auf die Einmütigkeit des ganzen Volkes stützen können, wenn sie dem Sturm gewachsen sein soll. Darüber läßt die Enthüllung der französisch-englischen Kriegsverabredungen keinen Zweifel mehr aufkommen.

Diese Beziehungen zwischen England und Frankreich bestätigen vollauf die Auffassung der politischen Lage, die ich in den Auseinandersetzungen dieses Buches darzulegen versucht habe. Sie zeigen, daß wir einer festen Phalanx von Feinden gegenüberstehen, die entschlossen sind, zum mindesten jede weitere Machtentwicklung Deutschlands zu verhindern. Zu diesem Zwecke haben sie nicht ohne Erfolg ihr möglichstes getan, den Dreibund zu sprengen, und werden auch vor einem Krieg nicht zurückscheuen. Darüber haben die englischen Minister keinen Zweifel gelassen.

Die offiziellen Darlegungen der englischen Staatsmänner¹⁾ haben trotz aller Friedensversicherungen doch deutlich erkennen lassen, daß die Wege der englischen Politik in der von mir gekennzeichneten Richtung führen. Indem Deutschland vor aggressiven Absichten gewarnt und zugleich versichert wird, daß England seine Bundesgenossen nötigenfalls mit den Waffen unterstützen würde, wird klar und bestimmt die Grenze festgelegt, die Deutschland nicht überschreiten darf, wenn es den Krieg mit England vermeiden will. Daß der englische Minister erklärt hat, England werde gegen Neuerwerbungen Deutschlands in Afrika keinen Einspruch erheben, ändert gar nichts an dem Sinn

¹⁾ Rede Sir E. Greys vom 27. November 1911.

seiner Auslassungen. Es weiß nur zu gut, daß jede koloniale Neuerwerbung für Deutschland zunächst eine finanzielle Schwächung bedeutet, daß wir im Kriegsfall unsere Kolonien überhaupt nicht nachhaltig verteidigen können. Sie bilden Objekte, die uns mit den Waffen abgenommen werden können, wenn wir unterliegen. Eine deutliche Erklärung findet jedoch die Rede des Ministers in dem Umstande, daß für die nächste Budgetperiode abermals eine sehr erhebliche Vermehrung der englischen Marineausgaben geplant ist.

Es wäre bei dieser Sachlage heute mehr als jemals Torheit, auf eine Änderung der englischen Politik rechnen zu wollen. Selbst etwa eintretende Annäherungsversuche Englands dürfen uns über das wahre Verhältnis nicht täuschen. Wir dürfen sie höchstens dazu benutzen, den notwendigen und unvermeidlichen Krieg so lange hinauszuzögern, bis wir glauben, ihn mit einiger Aussicht auf Erfolg führen zu können.

Wenn die Reichsregierung geglaubt hat, unter den heutigen Verhältnissen den Krieg vermeiden zu müssen, läßt doch die Weltlage erkennen, daß es sich nur noch um kurze Frist handeln kann, bis wir von neuem vor die Frage gestellt sein werden, ob wir mit dem Schwerte für unsere Weltstellung eintreten oder auf eine solche überhaupt verzichten wollen. Warten dürfen wir keinesfalls, bis unsere Gegner ihre Rüstungen vollendet haben und ihrerseits den Augenblick zum Angriff für gekommen halten.

Diese uns noch gegönnte Frist müssen wir zur tatkräftigsten Kriegsvorbereitung benutzen, deren Grundzüge ich in den vorstehenden Blättern zu entwickeln versuchte. Einmütig müssen alle nationalen Parteien sich um die Regierung scharen, die unsere teuersten Interessen nach außen zu vertreten hat. Die Opferwilligkeit des Volkes muß der Regierung die entschlossenste Tätigkeit erleichtern und ihr den Weg zu militärischen und politischen Erfolgen ebnen helfen, ohne in unfruchtbarer und vielfach nicht gerechtfertigter Kritik die nachteiligen Folgen der Marokkopolitik noch zu vermehren, indem sie die Kluft zwischen dem Volk und der Regierung erweitert. Von

der Reichsregierung aber dürfen wir erwarten, daß sie die militärische und politische Vorbereitung des Krieges in klarer Erkenntnis der uns bedrohenden Gefahren, aber zugleich in richtiger Würdigung unserer nationalen Bedürfnisse und der kriegerischen Kraft unseres Volkes mit der Tatkraft betreibt, die die Lage fordert, und sich durch formale Bedenken in dieser ihrer Tätigkeit nicht beirren läßt.

Aufhebung des Quinquennatsgesetzes, Ausbau der Armee auf erweiterter Grundlage, Beschleunigung unserer Rüstung zur See, Bereitstellung genügender Geldmittel: das sind die Forderungen, die die Lage nötig macht. Die Politik aber müssen neue schöpferische Gedanken befruchten und sie zum glücklichen Ziele führen.

Die Weltlage bietet Punkte genug, an denen wir den Hebel ansetzen können. Auch Englands Lage ist äußerst schwierig. Die Gegensätzlichkeit der englisch-russischen Interessen in Persien und in der neu angeregten Dardanellenfrage, sowie die Macht des Islam in den wichtigsten Teilen des englischen Kolonialreiches sind für Großbritannien der Gegenstand dauernder Besorgnis. Auf die Bedeutung und Schwierigkeit seiner Beziehungen zu Nordamerika wurde bereits hingewiesen. Auch Frankreich hat in seinem afrikanischen Reich zunächst noch bedeutende Widerstände zu überwinden, ehe es den vollen Nutzen aus ihm ziehen kann. Die ostasiatischen Wirren ferner werden voraussichtlich Rußlands Kräfte in hohem Maße fesseln und auch Englands Interessen in Mitleidenschaft ziehen. Das alles sind Verhältnisse, die sich eine tätige und weitsichtige deutsche Politik zunutze machen kann, um die Weltlage im Interesse unseres Vaterlandes zu beeinflussen.

Wenn Volk und Regierung fest zusammenstehen, entschlossen, die deutsche Ehre zu wahren und jedes nötige Geld- und Blutopfer zu bringen für die Sicherung unserer nationalen und staatlichen Zukunft, dann können wir mit Vertrauen den kommenden Ereignissen entgegensehen, mit Vertrauen auf unser Recht und auf unsere Kraft; dann brauchen wir auch den Kampf

um unsere Weltstellung nicht zu fürchten, sondern dürfen mit Ernst Moritz Arndt die Hände zum Himmel erheben und zu Gott rufen:

„Laß hell die Waffen klirren
Von deiner Sternenburg;
Hau von den wüsten Wirren
Den ganzen Jammer durch!“



Druck der
Union Deutsche Verlagsgesellschaft
in Stuttgart

Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung Nachfolger
Stuttgart und Berlin

Fürst Bismarck

Gedanken und Erinnerungen

Liebhaber-Ausgabe in 2 Halbfranzbänden M. 20.—
Volks-Ausgabe (Klein-Oktav)
in 2 einfachen Leinenbänden M. 5.—

Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen

Band I: Kaiser Wilhelm I. und Bismarck

Mit einem Bildnis des Kaisers und 22 Briefbeilagen
in Faksimiledruck

Liebhaber-Ausgabe in Halbfranzband M. 15.—
Großoktav-Ausgabe in Leinenband M. 10.—

Band II: Aus Bismarcks Briefwechsel

Liebhaber-Ausgabe in Halbfranzband M. 15.—
Großoktav-Ausgabe in Leinenband M. 10.—

Fürst Bismarcks Briefe an seine Braut und Gattin

Herausgegeben vom Fürsten Herbert Bismarck

Mit einem Titelbild der Fürstin nach Franz von Lenbach und
zehn weiteren Porträt-Beilagen. Dritte Auflage

Geheftet M. 6.— In Leinenband M. 8.—

Hieraus einzeln:

Bismarcks Briefe an seine Gattin aus dem Kriege 1870/71

Mit einem Titelbild und einem Brief-Faksimile

Geheftet M. 2.— In Leinenband M. 2.80

Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung Nachfolger
Stuttgart und Berlin

Tagebücher des Generalfeldmarschalls
Graf von Blumenthal

1866 und 1870/71

Herausgegeben von Albrecht Graf von Blumenthal

Mit 2 Porträts und einem Brief Kaiser Friedrichs in Faksimiledruck

Gehftet M. 5.— In Leinenband M. 6.50

... Die Aufzeichnungen sind begreiflicherweise nur Bruchstücke und sozusagen aphoristische Randnoten zu den großen kriegerischen Ereignissen. Aber gerade der Umstand, daß sie unter dem frischen Eindruck der Aktionen und auf den Schlachtfeldern selber niedergeschrieben sind, verleiht ihnen eine unmittelbare Lebendigkeit, und gerade weil sie nur für den Privatgebrauch bestimmt waren, enthalten sie die ungeschminkte Wahrheit und werden als ein Beitrag zur Charakteristik des Feldmarschalls und als Stimmungsbild der damaligen Zeit den vielen noch lebenden Verehrern und Freunden Blumenthals, aber auch den Geschichtsschreibern willkommen sein. Graf Blumenthals sachlich strenges Wesen, dem eine farcassische Note nie und da aufgeprägt war, kommt Zeile um Zeile in den Tagebüchern zum Ausdruck. . .

Die Post, Berlin

Diese Publikation, der man seit längerer Zeit mit berechtigter Spannung entgegengesehen hat, liefert in der Tat wertvolle Beiträge zur Geschichte der beiden Kriege. Vor allem lassen sie uns interessante Einblicke tun in das, was, vor der Öffentlichkeit verborgen, im Generalstabe selbst vorgegangen ist, wie sich dort die einzelnen Pläne kreuzten, und wie verschiedene Auffassungen der augenblicklichen Kriegslage mit einander rangen. Man erfährt, eine wie schwere Arbeit den einzelnen Heerführern obgelegen hat und wie vieler prinzipieller Auseinandersetzungen es in jedem Falle bedurft hat, bis die endgültigen Entschlüsse gefaßt wurden. . .

Leipziger neueste Nachrichten

... Es ist ein eigenes Behagen, in diesen Büchern zu blättern. Rein ästhetisch-literarisch, enthalten sie wahre Kabinettstücke. Zola schildert im „Débâcle“ dreihundert Seiten lang die Katastrophe von Sedan, aber nicht lebendiger und plastischer als Blumenthal auf zwei Seiten. Und dann vor Paris: Man ist mitten drinn im nervösen Leben und Treiben der großen Kommanden, wie die Nachrichten und Gerüchte durcheinander schwirren, die Befehle hinausfliegen, die Politiker im Hintergrunde harren, aus Berlin her die Ungeduld dräut. . . Ein Buch, das man gelesen haben muß. Danzers Armee-Zeitung, Wien

Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung Nachfolger
Stuttgart und Berlin

Friedrich der Große

Von

Reinhold Koser

Volksausgabe

Mit einem Bildnis des Königs nach dem Gemälde von
J. S. Chr. Franke

1. bis 5. Auflage

Geheftet M. 6.— In Leinenband (nach dem
Entwurf von Emil Doepler d. J.) M. 7.50

Unlässlich des zweihundertsten Geburtstages Friedrichs des Großen sind aus dem 1904 und 1905 in dritter Auflage erschienenen umfassenden Werke des Verfassers, unter Ausschreibung der Einzelheiten über diplomatische Verhandlungen, militärische Vorgänge und Verwaltungstätigkeit, diejenigen Kapitel, die vorzugsweise ein biographisches Interesse bieten, ausgewählt und durch Überleitungen zu einem einheitlichen Lebensbild verbunden worden.

Die Koser'sche Biographie steht als historisches Meisterwerk und als grundlegend für die Geschichte Friedrichs des Großen allgemein in Geltung und ist bekanntlich auch durch die Verleihung des Verdun-Preises geehrt worden.

Diese volkstümliche Ausgabe der Lebensbeschreibung des großen Königs aus der berufensten Feder hat in den weitesten Kreisen freudige Aufnahme gefunden.

Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung Nachfolger
Stuttgart und Berlin

Heinrich Friedjung

Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland 1859 — 1866

8. Auflage. Zwei Bände. Mit neun Karten

Gehftet M. 24.— In Halbfranzband M. 28.—

Der Krimkrieg und die österreichische Politik

2. Auflage

Gehftet M. 4.— In Leinenband M. 5.—

Österreich von 1848 — 1860

In zwei Bänden. Erster Band: Die Jahre der Revolution
und der Reform 1848—1851. 3. Auflage

Gehftet M. 11.50 In Halbfranzband M. 14.—

Zweiter Band, erste Hälfte. 1.—3. Auflage

Gehftet M. 12.50 In Halbfranzband M. 15.—

(unter der Presse)



Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung Nachfolger
Stuttgart und Berlin

Erich Marcks

**Bismarck. Eine Biographie. Band 1: Bismarcks
Jugend. 1815–1848**

Mit zwei Bildnissen. 13.–15. Auflage

Geheftet M. 7.50 In Leinenband M. 9.50

In Halbpergamentband M. 10.— In Halbfranzband M. 10.—

Der zweite Band befindet sich in Vorbereitung.

**Deutschland und England in den großen
europäischen Krisen seit der Reformation**

Zweite Auflage

Geheftet M. 1.—

**Die Einheitlichkeit der englischen Aus-
landspolitik von 1500 bis zur Gegenwart**

Zweite Auflage

Geheftet M. 1.—

**Gaspard von Coligny. Sein Leben und das
Frankreich seiner Zeit**

Erster Band, erste Hälfte. Mit dem Porträt Colignys

Geheftet M. 8.—

2
10
11

Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung Nachfolger
Stuttgart und Berlin

**Generalleutnant z. D. von Boguslawski, Aus der
preußischen Hof- und diplomatischen Gesellschaft**

I. Aus der preußischen Hofgesellschaft. 1822 bis 1826

II. Ernestine von Wildenbruch. 1805 bis 1858

Mit zwei Porträts Geheftet M. 5.— In Leinenband M. 6.—

**Bismarcks Briefwechsel mit dem Minister Frei-
herrn von Schleinitz 1858 — 1861**

Geheftet M. 3.— In Leinenband M. 4.—

**Dr. Freiherr von Mittnacht, K. Württemb. Staats-
minister und Ministerpräsident a. D., Rückblicke**

Mit dem Bildnis des Verfassers. 4. teilweise geänderte und er-
weiterte Auflage Geheftet M. 2.50 In Leinenband M. 3.30

Herman von Petersdorff, Kleist-Regow

Ein Lebensbild. Mit einem Porträt

Geheftet M. 8.— In Halbfranzband M. 10.—

Hans Prutz, Preußische Geschichte

Vier Bände Geheftet à M. 8.— In Halbfranzband à M. 10.—

**Albert von Ruville, William Pitt, Graf von
Chatham**

Drei Bände. Mit einem Porträt und fünf Kartenskizzen

Geheftet M. 24.— In Halbfranzband M. 29.—

**Veit Valentin, Fürst Karl Leiningen und das
deutsche Einheitsproblem**

Mit einem Bildnis des Fürsten Leiningen Geheftet M. 4.—

In Leinenband M. 5.— In Halbfranzband M. 6.—







